

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

Vergabeverfahren

„Zugangs-Kontrollsystem“

Bewerbungsbedingungen und Vergabeunterlage für den Teilnahmewettbewerb

04.02. 2013

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim
L7, 1
68161 Mannheim

1 Allgemeine Angaben

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) ist ein gemeinnütziges wirtschaftswissenschaftliches Forschungsinstitut in der Rechtsform einer GmbH mit Sitz in Mannheim. Es wurde 1990 auf Initiative der baden-württembergischen Landesregierung, der Wirtschaft des Landes und der Universität Mannheim gegründet und nahm im April 1991 die Arbeit auf. Seitdem hat sich das ZEW als eines der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute mit hoher europäischer Reputation etabliert. Es beschäftigt derzeit über 180 WissenschaftlerInnen und MitarbeiterInnen.

1.1 Gegenstand und Ziel des Vergabeverfahrens

Ziel des Vergabeverfahrens ist die Erneuerung und Erweiterung des vorhandenen Zugangssystems in unserem Institutsgebäude.

1.2 Rahmenbedingungen

1.2.1 Technische Rahmenbedingungen

Die Zugangstüren zum Institutsgebäude sowie ein Teil der Türen innerhalb des Gebäudes, insbesondere Zugänge zu Bereichen / Stockwerken sind zusätzlich zu den normalen Schließzylindern mit Kartenlesern Fabrikat Siemens ausgerüstet, so dass der Zugang je nach Programmierung der Karte freigegeben wird. Dieses System soll ersetzt / ergänzt und um zusätzliche Funktionen (z.B. Zugangskarten mit Bezahlungsfunktion) erweitert werden.

1.2.2 Vertragliche Rahmenbedingungen

Beabsichtigt ist der Abschluss einer Vereinbarung zu werkvertraglichen Leistungen mit einem Vertragspartner. Daran anschließend soll ein Wartungsvertrag für die Anlage mit einer maximalen Reaktionszeit bei Störungen von 4 Stunden abgeschlossen werden.

1.2.3 Ort der Leistungserbringung

Die Leistungen sind grundsätzlich am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) in Mannheim zu erbringen.

1.2.4 Zeitplan

Die im Anschluss an das Teilnahmeverfahren zur Abgabe eines Angebots aufgeforderten Bieter haben ein Technisches Konzept inkl. eines Zeitplans für die Umstellung abzugeben. Der Auftragnehmer ist bis zum 31.08.2013 an sein Angebot gebunden. Geplanter Beginn der Leistungserbringung ist unmittelbar nach Zuschlag.

2 Verfahrensbestimmungen

2.1 Allgemeine Bestimmungen

Die Vergabestelle verfährt nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A) und den geltenden gesetzlichen Bestimmungen, ohne dass diese Bestimmungen Vertragsbestandteile werden. Daneben gelten die nachstehenden Vergabebestimmungen und Erläuterungen für den Bewerber.

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. UN-Kaufrecht ist ausgeschlossen.

Das Vergabeverfahren wird in deutscher Sprache durchgeführt. Jegliche Kommunikation, schriftlich wie mündlich, erfolgt ausschließlich in Deutsch.

Allgemeine Geschäftsbedingungen und sonstige vorformulierte Vertragsbedingungen des Bieters oder sonstiger Dritter (Leistungserbringer wie Nachunternehmer oder Zulieferer) sind nicht zugelassen. Werden dennoch solche Allgemeinen Geschäftsbedingungen und sonstige vorformulierte Vertragsbedingungen eingereicht, führt dies zum Ausschluss des Bieters vom Verfahren.

Mit seiner Unterschrift unter dem Angebot bestätigt der Bieter, dass alle in diesem Vergabeverfahren dargestellten Anforderungen von ihm erfüllt werden.

2.2 Vergabeart

Das Vergabeverfahren wird als Beschränkte Ausschreibung mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Im Ergebnis des Teilnahmewettbewerbs sollen max. 6 geeignete Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.

2.3 Zeitplanung

Termin der Bekanntmachung	04.02.2013
Abgabetermin Teilnahmeanträge	01.03.2013
Versand der Unterlagen	15.03.2013
Abgabeschluss für Angebote	09.05.2013
Submission	13.05.2013 14:00 Uhr im ZEW
Geplanter Zuschlagstermin	28.06.2013
Angebots-Bindefrist	31.08.2013

Tabelle 1: Zeitplanung Vergabeverfahren

2.4 Vergabestelle und Ansprechpartner

Vergabestelle und Ansprechpartner für alle Fragen zum Vergabeverfahren:

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim
Herr Helmut Ludwig
L7, 1
68161 Mannheim
Telefon: +49 (621) 1235 260
Telefax: +49 (621) 1235 4260
E-Mail: ludwig@zew.de

2.5 Bewerberfragen

Schriftlich und fristgerecht (postalisch, per Fax oder E-Mail) bei der Vergabestelle eingehende Fragen werden bis spätestens 12 Tage vor Ablauf der Teilnahmefrist gesammelt und beantwortet. Bewerberfragen und deren Beantwortung werden Bestandteil der Vergabeunterlagen. Alle Bewerberfragen und deren Antworten werden unter <http://www.zew.de/ausschreibungen> als Download allen Bewerbern zur Verfügung gestellt. Der Bewerber hat selbst dafür zu sorgen, dass er in den Besitz der Bewerberfragen und der Antworten gelangt. Telefonische oder mündliche Anfragen bzw. Bewerber- / Bieterfragen werden nicht berücksichtigt. Gleiches gilt für Fragen, die nicht in deutscher Sprache formuliert sind.

2.6 Angebotsfrist für den Teilnahmeantrag

Der Teilnahmeantrag muss bis zum 01.03.2013, 12:00 Uhr bei der Vergabestelle eingegangen sein. Ausnahmsweise ist es auch möglich, den Teilnahmeantrag persönlich, gegen Quittierung eines mitgebrachten Abliefernachweises, in der Zeit von Montag bis Freitag jeweils von 09.00 bis 15.30 Uhr, an unserem Empfang abzugeben

2.7 Verspätete Abgabe

Teilnahmeanträge, die verspätet eingehen werden nicht berücksichtigt, es sei denn, dass der verspätete Eingang durch Umstände verursacht worden ist, die nicht vom Bewerber zu vertreten sind.

2.8 Form des Teilnahmeantrages

Der Teilnahmeantrag muss schriftlich in einfacher Ausfertigung in einem verschlossenen Umschlag oder Paket adressiert an

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim
Vergabestelle – Zugangs-Kontrollsystem
Herr Helmut Ludwig
L7, 1
68161 Mannheim
mit der Aufschrift

– Nicht öffnen! –
Teilnahmeantrag zur Ausschreibung Zugangs-Kontrollsystem
Vergabenummer 13/315703

rechtzeitig bis zum Ablauf der Teilnahmefrist eingegangen sein. Nicht ordnungsgemäß gekennzeichnete oder nicht ordnungsgemäß verschlossene Anträge können ausgeschlossen werden

2.9 Kostenerstattung für den Teilnahmeantrag

Für die Erstellung des Teilnahmeantrages sowie für die Teilnahme am Vergabeverfahren insgesamt wird keine Vergütung gewährt.

2.10 Fabrikations-, Betriebs-, Geschäftsgeheimnisse

Nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) v. 15. Juli 2005 (BGBl. I S. 2114; 2009 I S. 3850), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 62 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044), haben die Verfahrensbeteiligten u. U. Anspruch auf Akteneinsicht und können sich ggf. Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen (§111 Abs. 1 GWB). Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen, geboten ist (§111 Abs. 2 GWB).

Nach § 111 Abs. 3 GWB hat jeder Beteiligte mit der Übersendung seiner Akten oder Stellungnahmen auf die Wahrung der Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse hinzuweisen und diese in den Unterlagen entsprechend deutlich kenntlich zu machen.

Fehlt eine deutliche Kennzeichnung, ist von der Zustimmung des Bewerbers / Bieters zur Einsichtnahme i. S. des § 111 Abs. 3 GWB auszugehen.

2.11 Verschwiegenheitspflicht

Generell sind alle von der Vergabestelle bereitgestellten Daten, Dateien und Informationen nach Mitteilung, dass der Bewerber nicht weiter am Verfahren beteiligt wird bzw. der Bieter keinen Zuschlag erhält, unwiederbringlich zu vernichten.

Bewerber und Bieter, die keinen Zuschlag erhalten haben, haben Stillschweigen zu wahren über alle innerhalb dieses Vergabeverfahrens erlangten Informationen und dienstlichen Angelegenheiten als auch über den Verfahrensgegenstand. Sie haben hierzu die mit der Erstellung des Angebots befassten eigenen und gegebenenfalls sonstigen Mitarbeiter schriftlich zu verpflichten.

2.12 Benachrichtigung über Zuschlagserteilung

Die nicht berücksichtigten Bewerber werden nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbes gemäß § 101a GWB über die Nichtberücksichtigung im weiteren Verfahren informiert.

2.13 Aufhebung des Verfahrens

Eine etwaige Aufhebung des Verfahrens wird den Bewerbern / Bietern schriftlich mitgeteilt.

2.14 Rückgabe von Unterlagen

Der jeweilige Teilnahmeantrag der Bewerber geht in das Eigentum der Vergabestelle über. Dem Teilnahmeantrag beigefügte Unterlagen, Muster usw. gehen, sofern nichts anderes vereinbart wird, ohne Anspruch auf Vergütung in das Eigentum des Auftraggebers über, es sei denn, der Bewerber verlangt ausdrücklich die Rückgabe.

2.15 Zuständige Vergabekammer

Es wird darauf hingewiesen, dass bei Beanstandungen im Hinblick auf das hiesige Vergabeverfahren die Bieter Verstöße gegen Vergabevorschriften, die sie erkannt haben, gegenüber der Vergabestelle unverzüglich - d.h. innerhalb von 10 Tagen - zu rügen haben und weiterhin Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, von den Bietern spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. Abgabe des Teilnahmeantrages gegenüber der Vergabestelle zu rügen sind (vgl. § 107 Abs. 3 Satz 1 GWB), damit Bieter für den Fall, dass der Rüge nicht abgeholfen wird, ein Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer anstreben können.

Anträge zur Überprüfung/Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen sind zu richten an

Vergabekammer Baden- Württemberg beim
Regierungspräsidium Karlsruhe
76247 Karlsruhe
Telefon: 0721/926-4049
Telefax: 0721/926-3985
Internet: <http://www.rp-karlsruhe.de>

2.15.1 Rechtsbehelfsbelehrung

Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 7 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

Gemäß § 107 Abs. 3 GWB ist ein Antrag unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

2.16 Speicherung personenbezogener Daten

Die vom Bewerber / Bieter ggf. im Verlauf des Vergabeverfahrens erbetenen personenbezogenen Angaben werden nach Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Diese Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes nach der VOL.

2.17 Aufbau und Inhalt des Teilnahmeantrages

Für die Erstellung des Teilnahmeantrages sind ausschließlich die Vergabeunterlagen inklusive der ggf. vorgegebenen Vordrucke und Anlagen zu verwenden. Eine Nichtverwendung führt zum Ausschluss des Teilnahmeantrages.

Der Teilnahmeantrag ist nach folgender Gliederung zusammenzustellen. Die einzelnen Gliederungspunkte sind durch ein Register zu trennen:

- Formloses Anschreiben mit Datum, Unterschrift und Firmenstempel
- Vollständiger und detaillierter Teilnahmeantrag gemäß dieser Vergabeunterlage mit Beantwortung der Kriterien
- Nachweise, Eigenerklärungen (vgl. Ziffer 5)

2.17.1 Unterschriften

Mit einer Unterschrift am Ende des Teilnahmeantrags erklärt der Auftragnehmer sein Einverständnis zu allen Bedingungen dieser Vergabeunterlagen, zu allen Bedingungen der Eigenerklärungen und bestätigt, dass alle in der Anlage 5 aufgeführten Erklärungen und Nachweise erbracht wurden und aktuell gültig sind.

2.17.2 Änderung, Berichtigung oder Rücknahme von Teilnahmeanträgen

Änderungen oder Berichtigungen der Teilnahmeanträge sind bis zum Ablauf der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrages zulässig. Sie sind als solche zweifelsfrei zu kennzeichnen.

Teilnahmeanträge mit nicht zweifelsfreien Änderungen werden von der Bewertung ausgeschlossen.

Teilnahmeanträge können bis zum Ablauf der Teilnahmefrist schriftlich zurückgezogen werden.

2.17.3 Wettbewerbsbeschränkende Absprachen

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen sind unzulässig und führen zum Ausschluss vom Vergabeverfahren. Als unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen gelten insbesondere Verabredungen und Verhandlungen mit anderen Anbietern über

- die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
- die zu fordernden Preise,

- Bindungen sonstiger Entgelte,
- Gewinnaufschläge,
- Verarbeitungsspannen und andere Entgelte,
- Zahlungs-, Lieferungs- und andere Vertragsbedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen,
- Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
- Gewinnbeteiligungen oder andere Abgaben sowie
- Empfehlungen, es sei denn, dass sie nach § 38 Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zulässig sind.

2.18 Prüfung der Teilnahmeanträge

Es gelangen nur diejenigen Teilnahmeanträge in die Prüfung und Wertung, die sämtliche formalen Anforderungen nach diesen Vergabeunterlagen erfüllen. Nachfolgend wird die Vorgehensweise bei der Prüfung und Wertung der Anträge im Rahmen dieses Verfahrens beschrieben.

Aussondern der Anträge, die nicht geprüft oder nach Prüfung ausgeschlossen werden müssen. Ausgeschlossen werden

- Anträge, die nicht die geforderten Erklärungen und Nachweise enthalten. Die Vergabestelle macht von der Möglichkeit des Nachforderns von Erklärungen und Nachweisen Gebrauch. In diesem Fall wird der Bewerber unter Fristsetzung aufgefordert, die dann näher bezeichneten Erklärungen bzw. Nachweise nachzureichen.
- Anträge, die nicht unterschrieben sind,
- Anträge in denen Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind,
- Anträge, bei denen Änderungen oder Ergänzungen an den Vertragsunterlagen vorgenommen worden sind,
- Anträge, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind sofern der Bewerber dies zu vertreten hat,
- Anträge von Bewerbern, die in Bezug auf die Vergabe eine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen haben,
- Anträge, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind.

3 Bieterreignung

Die geforderten Angaben und Erklärungen sind zur Beurteilung der Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit, Gesetzestreue und Fachkunde (= Eignungsprüfung) des Bewerbers erforderlich und bis zum Ablauf der Teilnahmefrist vorzulegen. In den späteren Verhandlungsrunden findet eine Berücksichtigung der bereits festgestellten Eignung nicht mehr statt. Die fehlende Eignung des Bewerbers führt zum Ausschluss des Teilnahmeantrages des Bewerbers. Gleiches gilt für fehlende Eignungsnachweise.

Ein Bewerber kann sich zum Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde der Fähigkeiten anderer rechtlich selbständiger Unternehmen - z. B. Konzernverbund-unternehmen, Nachunternehmer (hierzu zählen auch freie Mitarbeiter) - bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen. Er muss in diesem Fall bis zum Ablauf der Teilnahmefrist unaufgefordert nachweisen, dass ihm die erforderlichen Ressourcen bei der Erfüllung des Auftrags zur Verfügung stehen. . .

Zum Nachweis der Gesetzestreue und der Zuverlässigkeit können sich der Bewerber und alle Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft nicht anderer Unternehmen bedienen! .

Zur Darlegung der Eignung sind die folgenden Kriteriengruppen und Kriterien sowie die aufgeführten Eigenerklärungen und Vordrucke für die Erstellung des Teilnahmeantrages zu beachten.

3.1 Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers – Kriteriengruppe 1

Kriteriengruppe 1: Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers	
K1.1	Stellen Sie Ihr Unternehmen dar.
K1.2	Beschreiben Sie in Ihrer Unternehmensdarstellung Ihr unter Berücksichtigung des ausgeschriebenen Leistungsgegenstandes und der beabsichtigten Bewerbung. Beschreiben Sie Ihr Unternehmen mittels der nachfolgenden Tabelle Unternehmensdarstellung bzw. max. 2 weitere Seiten DIN A4.
K1.3	Füllen Sie als Bewerber alle Eigenerklärungen der Anlage 5 aus / reichen Sie die geforderten Nachweise ein.
K1.4	Reichen Sie als Bewerber eine Kopie Ihrer Versicherung ein oder erklären Sie, dass Sie bereit sind vor erteiltem Zuschlag eine Versicherung zu den Bedingungen der Anlage 5 abzuschließen

Tabelle 2: Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers

Bitte nutzen Sie für die Unternehmensdarstellung die angegebene Tabelle als Vorlage.

Unternehmensdarstellung	
Unternehmensinformation	
Name	
Adresse	
Gründungsjahr	
Unternehmensgeschichte (kurz)	
Schwerpunkte (Tätigkeitsbereiche in welchen Branchen)	
Anzahl der Kunden	

Sitz des Unternehmens	
Kontaktinformation/Ansprechpartner seitens Ihres Unternehmens	
Nachname, Vorname	
Titel	
E-Mail	
Telefon	
Fax	
Weitere Angaben	

Tabelle 3: Unternehmensdarstellung

3.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit – Kriteriengruppe 2

Kriteriengruppe 2: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	
K2.1	Bestätigen Sie, dass Sie fachlich, technisch, wirtschaftlich und personell in der Lage sind, die ausgeschriebene Leistung, wie sie dem Vergabeverfahren zugrunde liegen, zu leisten. Antwort: ja / nein
K2.2	Geben Sie den Jahresumsatz Ihres Unternehmens in Euro ohne MwSt. an, jeweils bezogen auf die letzten drei Kalenderjahre (2010, 2011 und 2012)
K2.3	Geben Sie den Jahresumsatz in Euro ohne MwSt. an, jeweils bezogen auf die letzten drei Kalenderjahre (2010, 2011, 2012) und bezogen auf den Leistungsgegenstand

Tabelle 4: Kriteriengruppe 2 – Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

3.3 Technische Leistungsfähigkeit – Kriteriengruppe 3

Kriteriengruppe 3: Technische Leistungsfähigkeit	
K3.1	Bestätigen Sie, dass sämtliche Korrespondenz und die Dokumentationen zur Pflege, Fehlerbeseitigung und Weiterentwicklung und sämtliche Korrespondenz zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer in Deutsch erfolgen. Antwort: ja / nein
K3.2	Geben Sie genau drei Unternehmensreferenzen aus der Deutschland an, die mit dem Ausschreibungsgegenstand vergleichbar / gleichwertig sind. Die Referenzen dürfen nicht älter als aus dem Jahr 2006 sein. Bei Angabe von mehr als drei Referenzen kann der Auftragnehmer von der Wertung ausgeschlossen werden.

Tabelle 5: Kriteriengruppe 3 – Technische Leistungsfähigkeit

Unternehmensreferenz	
Kunde, Standort	
Branche: Öffentliche Verwaltung / Privatwirtschaft	
Ansprechpartner des Kunden (mit Telefon und E-Mail)	
Gesamtzeitraum der Leistung	
Gesamtvolumen der Leistung	
Inhalte der Leistungserbringung durch Ihr Unternehmen (Erstellen Sie bitte eine detaillierte Beschreibung)	

Tabelle 6: Unternehmensreferenz

3.4 Mitarbeiter – Kriteriengruppe 4

Kriteriengruppe 4: Mitarbeiter	
K4.1	Die Leistung ist durch entsprechend qualifizierte Mitarbeiter zu erbringen. Stellen Sie bitte dar, inwieweit Ihre Mitarbeiter mindestens die geforderten fachlichen und technischen Anforderungen erfüllen
K4.2	Geben Sie die durchschnittliche Gesamtanzahl fest angestellter Mitarbeiter Ihres Unternehmens jeweils in den letzten drei Kalenderjahren (2010, 2011, 2012) an
K4.3	Geben Sie die durchschnittliche Gesamtanzahl fest angestellter Mitarbeiter Ihres Unternehmens) jeweils in den letzten drei Kalenderjahren (2010, 2011, 2012) bezogen auf den Ausschreibungsgegenstand an.
K4.4	Geben Sie die Anzahl der fest angestellten Mitarbeiter an, die das Unternehmen jeweils in den letzten drei Kalenderjahren (2010, 2011, 2012) bezogen auf den Ausschreibungsgegenstand verlassen haben (Mitarbeiterfluktuation).
K4.5	Bitte bestätigen Sie, dass im Auftragsfall ausschließlich Mitarbeiter zum Einsatz kommen, die die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen.

Tabelle 7: Kriteriengruppe 4 – Mitarbeiter

4 Liste aller geforderten Erklärungen und Nachweise

Folgende Erklärungen / Nachweise werden vom Bewerber verlangt. Die entsprechenden Vordrucke finden Sie in der Anlage

	Erklärung / Nachweis
1	Eigenerklärung Handelsregister
2	Eigenerklärung zu § 6 Nr. 5 lit. a-e VOL/A
3	Eigenerklärung zur Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen und anderer Sachverhalte
4	Nachweis zur Versicherungsbestätigung (Kopie ist zu erbringen)
5	Eigenerklärung Datenschutz und zur Verschwiegenheit

Tabelle 8: Liste der geforderten Erklärungen und Nachweise

5 Anlagen: Eigenerklärungen

Zum Nachweis der Eignung sind die hier geforderten Angaben zu machen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Richtigkeit der im Angebot abgegebenen Erklärungen durch Vorlage von Nachweisen zu überprüfen. Reichen Sie auf Anforderung die Nachweise nicht innerhalb von 6 Kalendertagen nach, ist die Erklärung unvollständig und gilt als nicht abgegeben.

Sofern Angaben zu vergleichbaren Leistungen gefordert und mit einer Maximalzahl angegeben sind, dürfen insgesamt nur die angegebene Höchstzahl an Referenzen eingereicht werden

5.1 Eigenerklärung zur Eintragung ins Handelsregister

Den Nachweis über die Eintragung in das Handelsregister führen wir über die folgenden Angaben:

Registerführendes Amtsgericht: _____

Handelsregisternummer: _____

oder

Vergleichbare Eintragung (EU): _____

() Wir unterliegen nicht einer Registrierungspflicht im Handelsregister oder einem gleichwertigen Register meines Ursprungslandes (wenn zutreffend, bitte ankreuzen).

5.2 Eigenerklärung zu § 6 Nr. 5 lit. a-e VOL/A

Wir erklären, dass

- über unser Vermögen weder das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist.
- sich unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
- keine Person, deren Verhalten uns zuzurechnen ist, nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, die unser Unternehmen als Bewerber in Frage stellt.
- wir unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt haben.
- wir im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf unsere Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit abgegeben haben.

5.3 Eigenerklärung zur Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen und anderer Sachverhalte

Wir erklären, dass

- unser Unternehmen gewerberechtlich ordnungsgemäß angemeldet ist, bzw. entsprechende gewerberechtliche Erlaubnisse erteilt wurden.
- die für die Ausführung der Leistung vorgesehenen Personen entsprechend zertifiziert bzw. qualifiziert sind.
- wir unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen sind und den Auftraggeber ermächtigen, Auskünfte über die Meldedateien personenunabhängig einzuholen bzw. lege(n) diese auf Verlangen des Auftraggebers vor.
- wir unseren Verpflichtungen der Beiträge zu den Krankenversicherungen und Berufsgenossenschaften nachgekommen sind und auch weiterhin nachkommen.
- wir in den letzten zwei Jahren nicht zu einer Geldbuße gemäß § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz bzw. § 16 Mindestarbeitsbedingungengesetz von mehr als 2.500 € belegt worden sind und uns kein aktueller Verstoß gegen die o.a. Vorschriften und kein anstehender Bußgeldbescheid gegen das Unternehmen bzw. die verantwortlich handelnde(n) Person(en) betrifft/betreffen oder bekannt ist.
- wir die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistungen erfüllen.
- zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe über unser Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt ist oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist.
- wir die europäischen Richtlinien für den Arbeits- und Gesundheitsschutz einhalten.
- die Bestimmungen gegen Schwarzarbeit, illegale Arbeitnehmerüberlassung und gegen Leistungsmissbrauch i.S.d. Dritten Sozialgesetzbuches, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, bzw. des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit einhalten.

5.4 Versicherungsbestätigungen

Wir erklären,

* dass wir im Besitz einer Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen sind:

- Personenschäden 1.000.000,00 €
- Vermögens- und Sachschäden 1.000.000,00 €
- Einzelne Risiken 100.000,00 €

Diese legen wir dem Angebot in Kopie bei. Wird beim Bestehen einer entsprechenden Versicherung eine Kopie des Versicherungsscheins nicht vorgelegt, gilt die Erklärung als nicht abgegeben, wenn auf Aufforderung unter Fristsetzung die Kopie des Versicherungsscheins nicht nachgereicht wird.

* dass wir derzeit noch nicht im Besitz einer Betriebshaftpflichtversicherung sind, die die o.g. Mindestdeckungssummen aufweisen. Ersatzweise legen wir die Bereitschaftserklärung einer Versicherungsgesellschaft bei, die bestätigt, dass diese Versicherung uns im Zuschlagsfall mit den geforderten Haftungssummen versichert.

* Zutreffendes bitte ankreuzen. Ohne entsprechendes Kreuz gilt die Erklärung als nicht abgegeben.

5.5 Eigenerklärung zum Datenschutz und zur Verschwiegenheit

Wir verpflichten uns, das Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Bundesdatenschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 2003, BGBl. I S. 66), zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. August 2009, BGBl. I S. 2814) sowie alle sonstigen gesetzlichen und behördlichen Vorschriften zum Datenschutz und zur Geheimhaltung zu beachten.

Wir verpflichten uns, über alle während oder im Zusammenhang mit dem abzuschließenden Vertrag bekannt werdenden Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse sowie sonstigen geschäftlichen- bzw. betrieblichen Tatsachen, sofern sie nicht offenkundig sind, während und nach Beendigung des Vertragsverhältnisses Stillschweigen zu bewahren.

Wir verpflichten uns weiter, alle bei uns beschäftigten Personen zum Datenschutz und zur Verschwiegenheit zu verpflichten sowie dafür Sorge zu tragen, dass alle von uns sonst zur Leistungserbringung eingesetzten dritten Personen, seien es natürliche oder juristische Personen.

6 Einverständniserklärung

Wir versichern die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung den Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat. Wir erklären, dass wir bei der Beteiligung an diesem Ausschreibungsverfahren nicht gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen verstoßen haben.

Hiermit erklären wir mit unserer Unterschrift unser Einverständnis zu allen Bedingungen dieser Vergabeunterlagen, zu allen Bedingungen der Eigenerklärungen und bestätigen, dass alle unter Ziffer 5 aufgeführten Erklärungen und Nachweise erbracht wurden und aktuell gültig sind.

(Wird das Teilnahmeschreiben an dieser Stelle nicht unterschrieben, gilt der Teilnahmeantrag als nicht abgegeben.)

(Ort, Datum)

(Unterschrift, Firmenstempel)